

auch in der Auseinandersetzung um Afghanistan ist bereits heute eine sozialliberale Regierung gleichsam wider besseres Wissen bei der Einschätzung der Folgen ihrer Maßnahmen nach anfänglichem leisem Aufbegehren hinter der entspannungsfeindlichen Politik Carters hergelaufen. Obwohl sie selbst begreift, was der Olympiaboykott für friedensfreundliches Denken in aller Welt bedeutet, verlangt schon unsere gegenwärtige Regierung von den Sportlern den Verzicht auf ihre Hoffnungen. Wie wäre das alles erst unter einem Kanzler Strauß?

Wir müssen lernen, der Bevölkerung begreiflich zu machen, was die Steigerung der antikommunistischen Hysterie gleichzeitig an Förderung faschistischer Stimmungen in einer Nation herbeiführt, die nach einer allzu kurzen Erholungspause, die ihrem Lernvermögen durch den 8. Mai 1945 gewährt worden war, rasch durch die Wiederkehr antikommunistischer Ideologien im kalten Krieg rationalen Denken wieder entwöhnt worden ist.

Würde aber der Faschismus abermals siegen, so wäre bei der gegenwärtigen Steigerung der Überwachungstechnik und der heutigen Ausdehnung der Kontrollapparaturen der Geheimdienste, die bei weitem alles übertrifft, was einst die Gestapo leisten konnte, Widerstand noch weit schwerer, als einst im Dritten Reich. Um so wichtiger ist es, Widerstand zu leisten, bevor der Obrigkeitstaat voll gesiegt hat und dem Faschismus – sicherlich teilweise wider Willen; aber das war nach 1930 zunächst nicht anders – den Weg bereitet. Die Massen rechtzeitig für den Widerstand zu gewinnen, ist die Verpflichtung, die uns allen der 8. Mai 1945 auferlegt hat.

Uns dabei zu helfen, ist der Sinn dieser Tagung. Die vier Arbeitskreise sollen die Probleme diskutieren, die wir erkennen und analysieren müssen, um diese Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung leisten zu können. Herrschende Vorurteile und Unklarheiten können und müssen überwunden werden, um ein Volk, dessen moralische und physische Existenz am 8. Mai 1945 durch andere Völker gerettet wurde, gegen jede Gefahr der Wiederholung seiner Katastrophe von 1933 immun zu machen.

Reinhard Kühnl

Faschismus – Ursachen und Folgen

Teil I

Es ist jetzt genau 50 Jahre her, daß in unserem Land eine Offensive rechtsgerichteter Kräfte eingesetzt hat (nämlich 1930), die auf eine allmähliche Strangulierung der Demokratie hingeeilt und in der Tat zu Beginn des Jahres 1933 die Demokratie vollständig abgewürgt hat. Es war dies eine Offensive, die in bezug auf Massenvernichtungspotential ein Ausmaß erreichte, wie es bis dahin in der Menschheitsgeschichte unbekannt war, und die die Welt in einen Krieg stürzte, der zu 50 Millionen Toten, 30 Millionen Verstümmelten geführt und halb Europa in Trümmer gelegt hat.

1945 wurden zwar die faschistischen Hauptmächte – Deutschland, Italien und Japan – militärisch geschlagen und als Machtpotential ausgelöscht, aber damit wurde die Gefahr des Faschismus historisch nicht erledigt. In einer ganzen Reihe kapitalistischer Länder gibt es faschistische Tendenzen von wechselnder Stärke, und es gibt einige Beispiele dafür, wie parlamentarische Demokratien durch Offensiven rechtsgerichteter Kräfte liquidiert und durch Diktaturen ersetzt worden sind. So geschehen z. B. in Griechenland 1967, in Chile 1973, in Argentinien 1975.

Das Problem des Faschismus muß Aktualität beanspruchen. Heute befassen wir uns genauer mit der Frage der Ursachen des Faschismus. Denn in der Tat: nur wenn man die Ursachen eines Phänomens begriffen hat, hat man es selbst begriffen. Nur wenn man begriffen hat, welche Bedingungen und Triebkräfte ein historisches Phänomen ermöglicht und produziert haben, hat man sein Wesen begriffen.

Wenn man die Ursachen und das Bedingungsgefüge untersuchen will, das den Faschismus ermöglicht hat, so muß man sicherlich eine ganze Skala von Komponenten untersuchen. Meines Erachtens sind es vor allem drei Komponenten, die vorrangig untersucht werden müssen.

Es ist dies erstens die Komponente, die man immer untersuchen muß, wenn man irgendeinen gesellschaftlichen Prozeß verständlich machen will: das Verhalten und die Interessenlage der herrschenden Klasse, d. h. der gesellschaftli-

chen Führungsschichten in der Industrie- und Bankwelt, im Großgrundbesitz, im militärischen Apparat und in der hohen Staatsbürokratie.

Zweitens ist zu untersuchen, wie es in Deutschland zur Entwicklung einer faschistischen Massenbewegung gekommen ist, denn dieses Phänomen für sich genommen ist schon außerordentlich eindrucksvoll.

Diese faschistische Bewegung wuchs von einer kleinen politischen Splittergruppe innerhalb von vier Jahren (1928 noch 2,6 % der Stimmen) zu einer Massenbewegung an. Wenn sie auch nie eine Mehrheit hatte, so war sie mit über 37 Prozent der Stimmen doch die stärkste Einzelpartei im Deutschen Reich. Ein solch enormer Aufschwung von 2,6 auf 37 Prozent der Stimmen bedarf einer Erklärung.

Drittens ist die Frage zu stellen, weshalb es den antifaschistischen Kräften nicht gelungen ist, den Siegeszug des Faschismus aufzuhalten. Es ist wichtig, sich bewußt zu machen, daß der Faschismus nur dann siegen kann, wenn die antifaschistischen Kräfte entweder zu schwach oder nicht in der Lage sind, eine realistische antifaschistische Strategie zu entwickeln. Letzteres war in Deutschland der Fall.

Ich wende mich jetzt dem Verhalten der Führungsschichten aus der Industrie- und Bankwelt und dem militärischen und staatlichen Gewaltapparat zu, jenen Schichten also, die man in der marxistischen Terminologie zusammenfassend die „herrschende Klasse“ nennt.

Bis 1918 sind die beiden Hauptziele dieser Schichten sehr leicht erkennbar und auch aus ihrer Interessenlage sehr leicht ableitbar:

- nach innen hin: Verteidigung und Sicherung eines autoritären Staatssystems, um zu gewährleisten, daß von der Arbeiterbewegung her nicht demokratische, und die Eigentumsrechte der Besitzenden bedrohende Potentiale heranwachsen können.
- nach außen: Einleitung und Durchsetzung einer großangelegten Expansionspolitik mit dem Ziel, das Deutsche Reich zur Führungsmacht in Europa und zur Weltmacht zu machen.

Dabei ging es primär nicht etwa um weltanschauliche oder ideologische Ziele, sondern – und das ist durch Quellen eindeutig belegbar – darum, Rohstoffe, Industrieanlagen, Exportmärkte und Investitionsgebiete in Europa – von Frankreich bis weit nach Rußland hinein – unter die Kontrolle der deutschen Wirtschaft zu bekommen.

Es ging also um kapitalistische Expansionsinteressen, die natürlich in vielfältiger Weise ideologisch abgesichert werden mußten, wollte man die Massen dazu bringen, für diese Ziele in den Krieg zu ziehen und ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

So wurden Ideologien verbreitet, die z. B. aussagten: Das deutsche Volk braucht einen Platz an der Sonne; das deutsche Volk ist angewiesen auf die Rohstoffe; das deutsche Volk ist von Natur aus zu Besonderem berufen usw.

Die Lehre der Faschisten von der „Besonderheit der Deutschen Nation“, von der „deutschen Herrenrasse“, all das wurde im Deutschen Kaiserreich ideologisch schon ausgebildet. Woher aber kam diese besondere Aggressivität des

deutschen Imperialismus?

Auch die anderen Mächte waren in dieser Zeit zum Imperialismus übergegangen. Der Kapitalismus produziert in einem bestimmten Entwicklungsstadium solche Tendenzen, die auf die Eroberung von Märkten, die Eroberung von Rohstoffgebieten und Investitionssphären gerichtet sind. Er produziert die Tendenzen notwendigerweise: Denn Kapitalismus heißt eben Konkurrenz, heißt Kampf aller gegen alle, heißt: der Schwächere bleibt auf der Strecke und der Stärkere setzt sich durch. Das ist das Prinzip dieses Wirtschaftssystems.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts überträgt sich dieses Prinzip von der nationalen Ebene auch auf die Auseinandersetzung der Nationen untereinander. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickeln alle kapitalistischen Staaten einen enormen imperialistischen Expansionsdrang (und die dazugehörige Ideologie). Diese Entwicklung setzte infolge der langen politischen Zersplitterung im Deutschen Reich und der daraus resultierenden ökonomischen Rückständigkeit jedoch erst später ein.

Nachdem die politische Einheit hergestellt war (1871), gefolgt von einem gewaltigen ökonomischen Aufschwung, der das Deutsche Reich in bezug auf seine ökonomischen Potenzen auf den ersten Platz in Europa brachte, befand sich der deutsche Imperialismus allerdings in einer besonderen Lage. (In einer Lage übrigens, die sich am Ende der zwanziger Jahre und zu Beginn der siebziger Jahre wiederholt, und die z. B. Strauß in die Formel kleidete, daß die Bundesrepublik ökonomisch ein Riese und politisch ein Zwerg sei.)

Damals und auch heute ist die Situation dadurch gekennzeichnet, daß der deutsche Kapitalismus über eine enorme ökonomische Potenz, über einen enormen ökonomischen Expansionsdrang verfügt, jedoch nur sehr begrenzte reale Expansionsmöglichkeiten hat.

Damals war die Welt schon verteilt, und die anderen Mächte verteidigten ihre Kolonien, ihre Herrschaftsgebiete mit Klauen und Zähnen. Aus dieser Diskrepanz zwischen realen Expansionsmöglichkeiten, die sehr beschränkt waren, und einem enormen Expansionsdrang resultierte der Ruf nach einer Neuverteilung der Welt, nach einem Platz an der Sonne. Diese Lage des deutschen Kapitalismus führt zu seiner besonderen Aggressivität: Er ist an einer Neuverteilung interessiert, während die anderen imperialistischen Mächte den Status quo erhalten möchten.

Das führt dazu, daß das Deutsche Reich 1914 den Krieg beginnt und versucht, in diesem Krieg sein Eroberungsprogramm in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses Programm forderte damals schon die Herstellung eines mitteleuropäischen Großwirtschaftsraums unter deutscher Führung, der vom Atlantik bis weit nach Rußland hinein reichen sollte. Dieses Expansionskonzept der herrschenden Klasse fordert den autoritären Staat. Dieser soll nicht nur verhindern, daß die sozialen Privilegien und die Eigentumsverfassung bedroht werden, er soll zugleich verhindern, daß sich gegen diese Expansionspolitik, die mit dem Sterben von Millionen bezahlt werden muß, eine Massenbewegung in der Bevölkerung organisiert.

Der autoritäre Staat hat also zwei Funktionen:

eine defensive, die Sicherung der bestehenden sozialen Privilegien, und eine offensive (auch schon im Kaiserreich): nämlich im Innern die entschärften politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit nach außen ein Eroberungskrieg geführt werden kann.

Dieser autoritäre Staat erlebt 1918 eine Niederlage. Außenpolitisch wird Deutschland militärisch geschlagen, innenpolitisch beraubt die Novemberrevolution die herrschende Klasse ihres staatlichen Machtapparates, des kaiserlichen Obrigkeitsstaats, über den sie bisher verfügt hat. Für den Augenblick war die herrschende Klasse auf der ganzen Breite der Front geschlagen; doch versuchte sie, diese Niederlage so bald als möglich rückgängig zu machen.

Der erste Versuch, der Kapp-Putsch im Frühjahr 1920, scheiterte am Generalstreik. Die Arbeiterklasse war stark genug, diesen Militärputsch zurückzuweisen, so daß die Möglichkeit, die Situation im Sinne der herrschenden Klasse zu bereinigen, kurzfristig offenbar nicht gegeben war.

Daß die herrschende Klasse ihr Ziel jedoch nicht aufgab, beweisen die Versuche der Zurückdrängung der Demokratie und der Arbeiterbewegung im Innern mit dem Ziel der Herstellung autoritärer Staatsverhältnisse und die notwendigerweise vorsichtige, langfristige Vorbereitung einer neuen Expansionspolitik nach außen.

Man fragt sich: Wie konnte die herrschende Klasse, die 1918 eine derartig eklatante Niederlage erlitten hatte, diese Ziele überhaupt wieder in Angriff nehmen?

Es war ihr gelungen, die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland auf halbem Wege aufzuhalten. Der Revolution war es zwar gelungen, die Staatsform zu demokratisieren. Das war für sich genommen schon ein riesiger Fortschritt, denn die parlamentarische Demokratie gab auch der Arbeiterbewegung das Recht und die Chance, sich zu organisieren und zu artikulieren. Die herrschende Klasse hielt jedoch nach wie vor die wesentlichen gesellschaftlichen Machtpositionen in ihren Händen. Sie behielt nicht nur die Verfügungsgewalt über die Industrie und die Banken und damit über die Lebensgrundlagen der Gesamtgesellschaft, sie behielt auch die Verfügungsgewalt über den militärischen Machtapparat, über große Teile des Staatsapparates, der Justiz, der Verwaltung und erhebliche Teile des ideologischen Apparates – Wissenschaft, Bildungswesen, Presse usw. Von hier aus war es ihnen dann allerdings möglich, ihre beiden Hauptziele – autoritäre Staatsverhältnisse und neue Expansionspolitik – doch wieder ins Auge zu fassen und auf ihre Verwirklichung hinzuwirken. Der herrschenden Klasse ist es so gelungen, auch die ideologische Kontinuität zu wahren, weil sie die Schaltthebel der Macht in ihren Händen behalten hatte.

Es ist ihr gelungen, etwa seit 1920/21, ein Klima zu erzeugen, das bestimmt war von den Ideologien, die sie Jahrzehnte vorher schon in die Massen getragen hatte, um diese kriegsbereit zu machen. Nationalismus, Rassismus, Chauvinismus; Antisemitismus, Militarismus finden schon zu Beginn der Weimarer Republik wieder eine weite Verbreitung. Die jahrzehntelange Politik im Kaiserreich, die ideologische Kontinuität über die Novemberrevolution 1918 hinweg

hatte ideologisch den Boden bereitet, als die NSDAP, die faschistische Partei, 1929 ihren Aufstieg begann.

So lange die ökonomische Lage relativ stabil war, etwa in den Jahren 1924 bis 1929, so lange schien auch die parlamentarische Demokratie stabil zu sein, schienen auch die verfassungsmäßigen Rechte zwar immer wieder im Einzelfall durchlöchert, aber doch insgesamt stabil zu sein. Aus der zeitlichen Distanz betrachtet ist es jedoch offensichtlich, daß die herrschende Klasse auch in dieser Periode der ökonomischen Stabilität nicht aufgehoört hat, ihre beiden Hauptziele zu verfolgen – allerdings mit Strategien, die der Situation angepaßt waren.

Die militärische Aufrüstung – die ja durch den Versailler Vertrag verboten war – konnte nur sehr vorsichtig und im geheimen eingeleitet werden. Die Annäherung an autoritäre Staatsverhältnisse wurde betrieben mit dem Begriff der Verfassungs- und Reichsreform. Unter scheinbarer Akzeptierung des vorgegebenen Verfassungsrahmens wurde versucht, die Macht der Exekutive zu stärken und die demokratischen Rechte allmählich einzuschränken.

Das ändert sich jedoch mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 1929. Diese Krise ist von der herrschenden Klasse sehr schnell begriffen worden als Chance und als Notwendigkeit, ihre beiden Hauptziele rasch und energisch zu verwirklichen. Eine Chance bot die Krise deshalb, weil unter ihren Bedingungen die herrschende Klasse relativ glaubwürdig behaupten konnte, daß die parlamentarische Demokratie nicht in der Lage sei, mit den Problemen der Zukunftssicherung des deutschen Volkes fertig zu werden. Sie konnte die Forderung nach einem effektiveren Staat, einem handlungsfähigen Staat, der zum Durchgreifen in der Lage sei, erheben. Insofern können Krisensituationen tatsächlich verbesserte ideologische Chancen für die herrschende Klasse bieten, sie offensiv zu nutzen, um zu einer prinzipiell neuen Verteilung der politischen Macht und des gesellschaftlichen Reichtums zu gelangen.

Die Krise machte ein Handeln der herrschenden Klasse aber auch notwendig, und zwar in mehrfacher Hinsicht: Zum einen verloren die Parteien, mit denen die herrschende Klasse in Parlament und Regierung bisher ihre Interessen politisch durchsetzen konnte, im Verlauf der Krisenjahre nach 1929 ihre Wählermassen. Millionen Menschen sahen ja, daß diese Parteien nicht in der Lage waren, mit der Krise fertig zu werden. Die bürgerlichen Parteien schrumpften zu bedeutungslosen Splitterparteien zusammen, einzig die Deutsch-Nationale Volkspartei, ohnehin schon ziemlich weit rechts stehend und sich als Oppositionspartei darstellend, konnte sich noch halten. Auch sie verlor aber mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Diese Wähler sind größtenteils zur faschistischen Partei gelaufen, die sich als unverbrauchte Kraft darstellen konnte. Mit dem Verlust der Massenbasis der bürgerlichen Parteien stellte sich für die herrschende Klasse die Frage nach einem neuen politischen Instrumentarium. Die Überlegungen gingen dahin, ein Regierungssystem zu errichten, das nicht auf eine Massenbasis angewiesen ist, also eine starke, auf die Exekutivgewalt des Staates gestützte Diktatur. Ein erster Schritt in diese Richtung war die faktische Ausschaltung von Parlament und Parteien aus der politischen Willensbildung durch die Schaffung eines Präsidialsystems, das dem Reichspräsidenten die Möglichkeit gab, mit

Hilfe von Notverordnungen zu regieren.

Hier zeigt sich deutlich die Notwendigkeit, jetzt, wo die parlamentarischen Institutionen nicht mehr „richtig“ – im Sinne der herrschenden Klasse – funktionierten, nach autoritären Herrschaftskonzeptionen zu suchen.

Energisches Handeln war aber für die herrschende Klasse auch in anderer Hinsicht zwingend geworden: Im Laufe der Krise kam es in den Bevölkerungsmassen zu einem Anwachsen von antikapitalistischen Stimmungen. Es war die verzweifelte Suche nach einem Ausweg, nach einer politischen und gesellschaftlichen Alternative, einer Alternative zur bestehenden Eigentumsordnung. (Stimmungen deshalb, weil das natürlich nicht immer das Niveau klaren politischen Bewußtseins erlangte.) Das Anwachsen dieser Tendenzen kann man daran erkennen, daß sich nicht nur die Stimmen der kommunistischen Partei in diesen Jahren verdoppeln – von etwa 9 auf etwa 17 Prozent –, sondern auch daran, daß zugleich die Nazi-Partei, die es ja unternommen hatte, die desorientierten verängstigten Wähler der bürgerlichen Parteien aufzufangen, antikapitalistische Parolen in ihre Wahlpropaganda aufnimmt.

Die Notwendigkeit für die herrschende Klasse, beschleunigt nach einem autoritären Ausweg aus der Krise zu suchen, war auch in einer dritten Hinsicht gegeben: Die kapitalistische Art der Krisenlösung, d. h. Forcierung der Staatshilfen für die Privatwirtschaft, Forcierung der Rüstungsausgaben, neue Expansionspolitik verlangt die Befriedung der politischen Verhältnisse im Inland; d. h. die demokratischen Potentiale, die möglicherweise Widerstand leisten könnten, müssen unterdrückt und ausgeschaltet werden. Einleitung einer Kriegspolitik verlangt also, daß bereits in der Vorbereitungsphase demokratische Potentiale ausgeschaltet werden, insbesondere die Arbeiterbewegung.

Ab 1930 besteht für alle Fraktionen der herrschenden Klasse, wenn sie sich auch sonst unterscheiden, in einer Frage keine Differenz mehr, nämlich in dem Entschluß, daß die Demokratie nunmehr beseitigt und durch einen autoritären Staat ersetzt werden muß. Die Differenzen, die es gab, bezogen sich auf die Form dieses autoritären Staates. Es gab unterschiedliche Lösungsversuche, unterschiedliche Konzeptionen, die auf die unterschiedlichen Interessen innerhalb der herrschenden Klasse zurückzuführen sind.

Der erste Versuch, der gemacht wurde, ist die Einsetzung eines Präsidialregimes, d. h. einer auf Exekutivgewalt, auf Militär und Polizei und auf Notstandsmaßnahmen gestützten Regierung, die von Parlament und Parteien nicht mehr abhängig ist. Nach zwei Jahren erwies sich jedoch, daß diese Regierungsform die Hauptprobleme der herrschenden Klasse nicht lösen konnte. Weder war es diesen Regierungen möglich, das Anwachsen antikapitalistischer Potentiale aufzuhalten, noch war es ihnen gelungen, die Arbeiterbewegung wirklich rigoros unter Kontrolle zu bekommen, noch konnten sie die Krise durch ein durchgreifendes Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsprogramm überwinden.

Im Sommer 1932 setzten die Versuche ein, ein effektiveres autoritäres System zu konstruieren, diesmal unter Einbeziehung der Nazi-Partei in die Regierung.

Im November 1932 prüft man auch ein Konzept der Reichswehrführung über

die Errichtung einer auf Militärgewalt gestützten Exekutivdiktatur. Nach einem dreitägigen Planspiel wurde diese Möglichkeit dann verworfen. Interessant sind die Gründe, die zu dieser Entscheidung führten.

Im Klartext besagen sie: Es sei zu befürchten, daß bei einem Vorgehen des Militärs die bisher gespaltene und zerstrittene Arbeiterbewegung sich zu einheitlichem Handeln finden würde. Die Erfahrungen beim Kapp-Putsch waren zu dieser Zeit noch gegenwärtig. Zum zweiten befürchtete die Militärführung, daß bei einheitlichem Handeln der Arbeiterbewegung auch erhebliche Teile der Bevölkerung, die bisher der Nazi-Partei anhängen, von den Aktivitäten der Arbeiterklasse mitgerissen würden.

Die Ansicht der Reichswehrführung lief also auf die sehr realistische und lehrreiche These hinaus: Wenn die Arbeiterbewegung einheitlich handelt, offensiv handelt, dann ist auch die faschistische Massenbewegung nicht mehr stabil, sondern Teile der Mittelschichten, die diese Massenbewegung tragen, werden dann von der Initiative der Arbeiterklasse mitgerissen.

Eine andere Lösung mußte gefunden werden. Und da die Hitlerpartei zu einer bloßen Regierungsbeteiligung nicht bereit war, faßte man den Beschluß, Hitler an die Macht zu bringen. Die Vorzüge einer solchen Lösung, die Teile der herrschenden Klasse schon 1930 deutlich sahen und die an der Jahreswende 32/33 allen Teilen der herrschenden Klasse offenbar werden, sind:

1. Hier ist eine Partei, die die Hauptziele der herrschenden Klasse vertritt, nämlich: Zerschlagung der Demokratie und der Arbeiterbewegung im Innern, Forcierung der Rüstung mit dem Ziel der Eroberung der Vormachtstellung in Europa nach außen.

2. Diese Partei hat eine Fähigkeit entwickelt, die das Großkapital, das Militär, der Großgrundbesitz von sich aus nicht haben bzw. unter den Bedingungen der Krise nicht hatten, nämlich für ein solches Programm, für solche politischen Ziele Millionen Menschen zu mobilisieren.

Wie kam es zu diesem gewaltigen Aufschwung der Nazi-Partei, zu dieser Massenbewegung zwischen 1929 und 1932?

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise begann auch der Aufschwung der Nazi-Partei. Millionen Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, ihre Existenz. Millionen von Kleingentümern – kleine Handwerker, Gewerbetreibende, Ladenbesitzer, Bauern – werden in den Ruin getrieben. Millionen anderer Menschen werden in soziale Panik, in soziale Angst versetzt. Diese Massen verlieren das Vertrauen in die bisher herrschenden politischen Parteien, in das politische System, und suchen verzweifelt nach einer Alternative, nach einem Ausweg.

Wieso aber haben diese Massen die Alternative bei der Nazi-Partei gesucht? Das wird nur verständlich, wenn man sich die Hauptelemente der Nazideologie anschaut.

Ein Hauptelement war die These, daß es den Deutschen dann gut gehe, wenn der Marxismus in Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde. Daraus ergab sich die Forderung nach der Liquidierung der Arbeiterbewegung.

Zweites Hauptelement war die These, daß es allen Deutschen gut gehe, wenn die schlappe parlamentarische Demokratie abgeschafft werde. Gefordert

wurde ein handlungsfähiger Staat, eine Diktatur.

Drittes Element war die These, daß es den Deutschen gut gehe, wenn alle Juden aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen entfernt seien. Der Antisemitismus war in mehrfacher Hinsicht brauchbar. Einerseits konnte auf Großkapital in jüdischen Händen verwiesen werden, der antikapitalistische Impetus also umgelenkt werden in eine Frontstellung gegen die Juden, andererseits konnte aber auch auf Juden in führenden Positionen der Arbeiterbewegung verwiesen werden und die Liquidierung der Arbeiterbewegung somit auch als Kampf gegen den Weltfeind Nr. 1 – die Juden – aufgefaßt werden.

Die vierte These schließlich: Allen Deutschen kann es gut gehen, wenn die Deutschen wirklich das Herrenvolk in Europa geworden sind. Gefordert wurde also die Verfügung über die angrenzenden Länder, deren Reichtümer und Arbeitskräfte.

Man fragt sich natürlich: Wieso kam diese Propaganda so gut an?

Ein Versuch der Erklärung ist die Feststellung, daß diese Elemente der Nazi-ideologie keineswegs eine neue Ideologie waren. Schon im Kaiserreich wurden diese Argumente eingesetzt, um die bürgerlichen Mittelschichten bereit zu machen für den Kampf gegen die Sozialdemokraten und die beginnende Arbeiterbewegung. Auch in der Weimarer Republik waren alle diese Vorurteile schon vor 1929 in den Köpfen der Menschen drin. Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten waren Volksschädlinge!

Keines dieser Elemente hat die Nazi-Partei geschaffen. Sie hat sie dann allerdings in besonders aggressiver Weise formuliert, hat sie unter Einsatz terroristischer Mittel verbreitet, hat sich als fähig erwiesen, sie massenwirksam zu vertreten. Wie mit Volksschädlingen verfahren werden sollte, ist bis 1933 lediglich formuliert worden, in der faschistischen Diktatur konnte dann auch danach gehandelt werden.

Diese Elemente der faschistischen Ideologie wurden noch garniert mit einigen antikapitalistischen Parolen. In vertraulichen Gesprächen (u. a. mit Vertretern der Großindustrie) wies Hitler immer wieder darauf hin, daß antikapitalistische Parolen deshalb notwendig waren für die Nazi-Partei, um mit den Arbeiterpartei zu konkurrieren. Er wies aber auch immer wieder auf seine Entschlossenheit hin, nach Erlangung der Macht diese Arbeiterbewegung zu liquidieren und so Sicherheit für die Privatwirtschaft zu schaffen.

So kam es zum Bündnis der Hauptkräfte, die den Faschisierungsprozeß aktiv vorantrieben:

Die herrschende Klasse einerseits – hauptsächlich Großindustrie, Großbanken und Militär –, andererseits die Führung der faschistischen Partei.

Gab es noch andere wichtige Komponenten, die unterstützend dazu beigetragen haben, daß die faschistische Diktatur sich im entscheidenden Jahr 1933 so rasch konsolidieren konnte?

Mit der Ernennung der Regierung Hitler allein war es ja noch nicht getan. Der Feind mußte nun tatsächlich liquidiert werden, damit sich die Diktatur konsolidieren konnte. Dabei sieht man, daß dazu noch einige andere Kräfte wesentlich beigetragen haben. Ich nenne hier in Stichworten: die deutschen Hochschulleh-

rer, die Akademiker und die Intelligenz im weiten Sinn – sie waren seit Bismarcks Zeiten extrem nationalistisch, extrem reaktionär – und die beiden Kirchen.

Im Jahre 1933 waren es die beiden Kirchen, die ihre gesamte geistige Macht eingesetzt haben, um den Massen klarzumachen, daß die Regierung Hitlers eine Regierung ist, die jeder Christenmensch unterstützen müsse. Ihre Motive haben sie dabei nicht verschwiegen. Nach Ansicht der Kirchen waren der moderne Rationalismus, der Marxismus, Sozialismus, Liberalismus, die Aufklärung der Feind der Kirchen. Der neue Staat bekämpfe nun diesen Feind; daraus ergaben sich nach Ansicht der Kirchen vorzügliche Bündnismöglichkeiten.

Die antifaschistischen Kräfte – quantitativ stark und vorzüglich organisiert – waren aus zwei Gründen nicht in der Lage, eine durchschlagend erfolgreiche antifaschistische Strategie zu begründen.

Zum einen kamen die antifaschistischen Kräfte nicht zum gemeinsamen Handeln, weil sie die Differenzen untereinander mindestens für ebenso wichtig gehalten haben, wie ihre Gegnerschaft gegen den Faschismus.

Die Faschisten haben dies übrigens sehr genau beobachtet und für ihre Zwecke ausgenutzt. So richtete sich die erste Terrorwelle ab März 1933 fast ausschließlich gegen Kommunisten und erzeugte bei den Sozialdemokraten und Gewerkschaften die Illusion, sie seien nicht gemeint. Die nächste Terrorwelle im Mai richtete sich gegen die Gewerkschaften, und in der sozialdemokratischen Führung gab es selbst da noch maßgebliche Kreise, die der Meinung waren, der Terror werde sich nicht gegen sie richten. Im Juni dann waren auch die Sozialdemokraten dran.

Es gibt aber noch zwei Symptome, die man beachten muß, will man das Versagen der antifaschistischen Kräfte erklären.

Millionen Menschen suchten in der Krisensituation einen Ausweg, versuchten eine Orientierung zu finden, wollten sich engagieren. In einer solchen Situation ist es notwendig, daß die demokratischen Kräfte ihre Alternative überzeugend formulieren und für diese Krisenlösung auch offensiv kämpfen. Dahin haben es die bei weitem größeren Teile der demokratischen Kräfte nicht gebracht. Vor allem SPD und ADGB haben sich in den Augen der suchenden Massen nicht als wirksame Alternative präsentieren können. Als Alternative, die den Ausweg wies, und als Kraft, die entschlossen und stark genug ist, diesen Ausweg auch durchzukämpfen. So kam es, daß die desorientierten Massen, zumindest was die Mittelschichten betrifft, den Ausweg bei jener Kraft zu finden glaubten, die sich offensiv und aggressiv präsentiert hat – bei der faschistischen Partei.

Das System, das dann errichtet wurde, setzte die Hauptziele um, die Grundlage des Bündnisses gewesen waren. Die Arbeiterbewegung wurde liquidiert, schon in den ersten beiden Jahren wurden Zehntausende von Arbeiterführern verhaftet, gefoltert und ermordet. Die Führer aus den großen Industrie- und Bankkonzernen werden an die Schalthebel der Macht gebracht. Das ist der soziale Inhalt der faschistischen Diktatur. Diesen sozialen Inhalt findet man überall dort, wo derartige Regimes an die Macht kommen. Das war so in Italien nach 1922, in Spanien nach 1939, in Österreich nach 1934 und in Chile nach 1973.

Auf Betriebsebene geschieht das gleiche: Der Unternehmer wird zum „Führer des Betriebes“ und hat Befehlsgewalt, die Arbeiter und Angestellten sind zum Gehorsam verpflichtet. Jeder Versuch, kollektive Interessen zu artikulieren oder gar zu organisieren, ist nunmehr ein Staatsverbrechen und wird entsprechend geahndet.

Der soziale Inhalt der faschistischen Diktatur wird auch deutlich an dem realen Vollzug der Politik: Die Sozialaufgaben werden verkürzt; das Arbeitstempo wird beschleunigt, die Arbeitszeit verlängert, der Wohnungsbau gekürzt. Die gesparten Ausgaben wandern in die Rüstung. Wer den Gewinn hatte, als die Rohstoffe und die Arbeitskräfte und Produktionsanlagen von ganz Europa erobert wurden, wer sich das angeeignet hat, wissen wir aus dem weiteren Verlauf. Über den sozialen Inhalt der faschistischen Diktatur, wem sie genützt hat und wer die Zeche zu bezahlen hatte, kann es nicht den mindesten Zweifel geben.

Das Ausmaß des Terrors der faschistischen Diktatur bis hin zur Massenvernichtung und zum Völkermord erklärt sich aus dem Ausmaß der Ziele, die beabsichtigt waren. Wenn man die stärkste Arbeiterbewegung Europas zertrümmern und ausrotten will, wenn man die europäischen Völker vom Atlantik bis zum Ural unterwerfen und in Sklaven verwandeln will, dann darf man allerdings in bezug auf die Herrschaftsmethoden nicht zimperlich sein.

(Teil II des Referates auf Seite 44)

Das Verhältnis ökonomischer Macht und politischer Herrschaft in faschistischen Systemen

Dietrich Lüdgers:

Inwieweit ist in einem faschistischen und nach wie vor kapitalistischen Land eine Verselbständigung des Terrorapparates möglich, die dann langfristig gegen die Interessen der Bourgeoisie gerichtet ist? Besteht da nicht ein Widerspruch?

Kühnl:

Die hauptsächlichsten Elemente des faschistischen Programms – die Zerschlagung der Demokratie und der Arbeiterbewegung und die Durchführung eines Rüstungsprogramms mit dem Ziel eines Expansionskrieges – haben die herrschende Klasse bewegt, der faschistischen Partei und ihrer Führung die Macht zu übergeben.

Das waren die Konstitutionsbedingungen der faschistischen Diktatur. In einer parlamentarischen Demokratie ist es möglich, politisch regierende Gruppierungen abzulösen – sei es durch Wahlen, sei es auf anderem Wege. Die letzte

parlamentarisch legitimierte Regierung wurde 1930 auf anderem Wege gestürzt. (Auch Bundeskanzler Brandt wurde durch Bundeskanzler Schmidt abgelöst, ohne daß Wahlen vorausgegangen wären.) Natürlich fand hier eine politische Kursänderung statt, die den veränderten Bedürfnissen der herrschenden Klasse entsprach.

Diese Möglichkeit, politisch regierende Gruppierungen abzulösen, etwa um ein sozialliberales gegen ein mehr konservativ-autoritäres Herrschaftskonzept auszutauschen oder auch umgekehrt, ist ein Kennzeichen der parlamentarischen Demokratie – aus der Sicht der Herrschenden gesehen.

Der Faschismus jedoch zeichnet sich dadurch aus, daß er zwar einerseits die Hauptziele der herrschenden Klasse sehr viel konsequenter und rigoroser durchsetzen kann, d.h. er kann ökonomische und politische Bedingungen schaffen, die es der Bevölkerung unmöglich machen, sich gegen verstärkte Ausbeutung zur Wehr zu setzen, daß andererseits aber die Möglichkeit des politischen Machtwechsels der Regierenden nicht mehr besteht. Die herrschende Klasse bricht in dem Moment, in dem sie einer faschistischen Partei die vollständige Macht überträgt, sozusagen die Brücken hinter sich ab.

Übertragung der vollständigen Macht heißt aber auch Übertragung der Verfügungsgewalt über den Terrorapparat. Dieser Terrorapparat ist deswegen nötig, weil die Arbeiterbewegung nicht durch Konzessionen gefügig gemacht, sondern zerschlagen werden soll.

Um jede Opposition niederzuhalten, bedarf es eines immensen Terrorapparates. Die faschistische Führung baute ihn weiter aus, da es notwendig war, neben dem eigenen Volk auch die anderen unterdrückten Völker niederzuhalten. Da die faschistische Partei nun über den Terrorapparat verfügte, konnte sie auch darangehen, die Programmpunkte zu realisieren, die der herrschenden Klasse weniger über überhaupt nicht wichtig waren, wie z. B. den Antisemitismus.

Dieses Umsetzen ihres antisemitischen Programms führte in der Schlussphase des Krieges dazu, daß die Vernichtung des Judentums eine solche Dimension angenommen hatte, daß die anderen Herrschaftsinteressen des Systems damit in Konflikt gerieten. Zum Beispiel wurde Transportraum, den die Wehrmacht für den militärischen Nachschub benötigte, dafür eingesetzt, die Juden nach Osteuropa zur Vergasung zu schaffen. Man sieht hier, daß die verschiedenen Programmpunkte der Nazipartei in diesen letzten Kriegsjahren tatsächlich in Konflikt miteinander gerieten und der Judenvernichtung dabei ein ungeheueres Gewicht beigemessen wurde. Nun kann man zu dem Schluß kommen, daß dies im Sinne der Interessen der herrschenden Klasse dysfunctional gewesen ist. Man darf dies jedoch nicht etwa so verstehen, daß dies die Ursache gewesen sei für den Zusammenbruch, die Niederlage der faschistischen Diktatur. Eher so, daß die Mittel eben nicht ausreichten, um alle Ziele des Regimes gleichermaßen zu realisieren.

Die Offensivkraft der faschistischen Diktatur wurde im Dezember 1941 vor Moskau gebrochen und ein Jahr später in Stalingrad definitiv zerschlagen. Hier wurde das Schicksal der faschistischen Diktatur entschieden, sie ging nicht zu-

grunde an ihrer inneren Dysfunktionalität.

Es ist jedoch aus analytischen Gesichtspunkten wichtig, sich zu vergewissern, daß die verschiedenen Hauptinteressen dieser faschistischen Parteien miteinander in Konflikt geraten können, und daß dabei ein Punkt eine so große Bedeutung bekommen konnte, der aus der Sicht der ökonomisch Herrschenden eigentlich belanglos war.

Lüders:

Wenn ein Machtwechsel innerhalb der faschistischen Diktatur durch die herrschende Klasse nicht möglich ist, wie ist dann der Machtwechsel z. B. in Griechenland oder Spanien möglich, wo die faschistische Bewegung von der herrschenden Klasse durch eine andere Regierung ersetzt wurde?

Kühni:

Was allgemein unter dem Begriff Faschismus subsumiert wird, ist von sehr unterschiedlicher Qualität und Stabilität. Es gibt eine breite Skala von Systemen, die von sehr stabilen und in sich konsolidierten bis zu mehr oder weniger labilen Systemen reicht. Dies hängt einerseits vom technischen Entwicklungsstand eines Landes und damit auch seines Terrorapparates ab, andererseits von der Breite und Stabilität der Massenbasis. Solche Diktaturen wie Griechenland, Portugal, Spanien und wahrscheinlich auch Chile sind deshalb relativ labil, weil sie sich nur auf den staatlichen Terrorapparat stützen können und keine Massenbasis in der Bevölkerung haben.

Eine solche Diktatur anzugreifen, sei es von unten, sei es von der herrschenden Klasse selbst her, ist natürlich wesentlich leichter, als bei einem faschistischen System, das von allen Faschisten, die wir kennen, bisher das in jeder Hinsicht extremste darstellt.

Der 20. Juli etwa – seine Hauptströmung unter Goerdeler und Beck – ist genau genommen nichts anderes als der Versuch eines Teils der herrschenden Klasse, die politische Führung des Faschismus wieder loszuwerden, nachdem man eingesehen hatte, daß sie in die totale Niederlage zu führen drohte.

In Italien, dem zweiten klassischen faschistischen Land, hat die herrschende Klasse den gleichen Versuch unternommen und die Mussolini-Regierung tatsächlich entlassen. In Italien ist dies gelungen, in Deutschland nicht. Hier zeigt sich, daß der deutsche Faschismus von anderer Qualität war.

Kurt Bachmann:

Die Analyse der Ursachen des alten wie des neuen Faschismus bleibt eine ständige Aufgabe, um noch besser und wirksamer im Sinne des Antifaschismus heute kämpfen zu können. Es ist gewiß nicht leicht, die komplizierten Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik richtig zu erfassen. Deshalb möchte ich an die klassische Definition Dimitroffs aus dem Jahre 35 anknüpfen und prüfen, ob wir heute, in unserer Lage, Nutzen daraus ziehen können. Der Faschismus an der Macht – wohlgeachtet: an der Macht – sagt Dimitroff, ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten Elemente des Finanzkapitals. In der Weimarer Republik veränderte der Faschismus die Form der Klassenherrschaft. Die bürgerliche Demokratie wurde durch die offene, ter-

roristische Diktatur ersetzt. Der Faschismus als Bewegung, als politische Herrschaftsform war und ist Ausgeburt der kapitalistischen Gesellschaft, ist eine terroristische Herrschaftsform des Kapitals. Seither gibt es den Faschismus in verschiedenen Typen und Formen – entsprechend den historisch-konkreten Bedingungen und Kräfteverhältnissen des jeweiligen Landes: als totale Diktatur, als militärfaschistische Diktatur, als klerikalen Faschismus, manchmal sogar unter Beibehaltung eines Scheins von Parlamentarismus oder als Handlanger einer äußeren imperialistischen Macht, wie in Chile. Immer trägt der Faschismus, entsprechend seinen geschichtlichen, sozialen, ethnischen, nationalen Besonderheiten, die Merkmale eines jeden Landes in einer bestimmten Zeit. Aber stets war der Faschismus eine Herrschaftsvariante des Kapitals.

Die Faschismusdefinition von 1935 erfaßt nicht alle Seiten des Faschismus heute. Sie kann nicht jene Seiten erfassen, die sich erst später ergaben, sie liefert jedoch die grundlegende Wesensbestimmung des Faschismus, und ist deshalb – nach meiner Meinung – voll gültig. Ja, sie erleichtert das Verständnis, wenn man die Gegenwart betrachtet.

Alle neuen Erscheinungen bereichern die Faschismustheorien um immer neue Seiten. Doch diese Wesensbestimmung ermöglicht es, die relative Eigenständigkeit und auch die aktive Einwirkung der Politik auf die Ökonomie, die Einwirkung der faschistischen Ideologie und des Staates auf die Ökonomie, auf die ökonomische Basis zu erkennen.

In der gesamten Periode des deutschen Faschismus blieb Krupp Krupp und Flick Flick. Es gab seither keine Zeit, in der die Einwirkung der deutschen Monopole auf das Staatsgefüge so stark war, wie in der damaligen Zeit. An der Spitze aller damaligen industriellen Organe standen immer die jeweils höchsten Monopollen, und diese hatten das Sagen. Niemand hatte soviel Einfluß auf die Kriegsführung wie z. B. die IG-Farben. Die Konzernführung hatte einen verbrecherischen Einfluß auf die faschistische Kriegsführung, auch auf die Schaffung von Auschwitz.

Kühni:

Die Dimitroff-These entstand 1935. Es ist ganz selbstverständlich, daß in dieser Zeit manche Wesensmerkmale des Faschismus, erstens wegen der frühen Entwicklung dieser These, zweitens weil das meiste empirische Material einfach noch nicht zur Verfügung stand, noch nicht erkennbar waren. Ich habe erhebliche Zweifel, ob es hilfreich ist, eine Analyse auf eine These zu gründen, die 1935 in diesem frühen Stadium – auf der Basis eines sehr schmalen empirischen Materials – formuliert worden ist. Wir wissen seitdem sehr viel mehr, obwohl was das empirische Material betrifft, wie auch was den Fortgang der theoretischen Diskussion betrifft. Zum Verhältnis Ökonomie/Politik scheint es mir, daß in der Dimitroff-Definition dieses Verhältnis doch verkürzt erscheint.

Man ist mit sehr großen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn man von dieser Definition ausgeht. Ich sehe z. B. überhaupt keine Möglichkeit, von den Interessen des Finanzkapitals her den Judenmord zu erklären. Die Möglichkeit, den Massenmord an den Juden zu erklären, sehe ich nur, wenn man von der relativen Verselbständigung der politischen Gewalt, des politischen Herrschaftsap-

parates und also auch der faschistischen Ideologeme, die damit verbunden sind, ausgeht. Alle Versuche, die es schon gegeben hat, den Judenmord von ökonomischen Interessen des Finanzkapitals her zu erklären, sind meines Erachtens gescheitert. Das muß theoretische Konsequenzen haben.

Wie erklärt diese These den Juli-Putsch 1944? Die herrschende Klasse erkennt 1943/44, daß das Abenteuer zu Ende geht, daß man mit dieser Regierung den Krieg nicht gewinnen kann, sondern daß diese faschistische Regierung in die totale Niederlage führt, und sie macht Versuche, diese Regierung loszuwerden. Wäre die faschistische Regierung tatsächlich nur ein Angestellter, eine Agentur, ein eingesetzter Beauftragter des Finanzkapitals gewesen, hätte sie natürlich im Juli 1944 entlassen werden können – was ja in Italien z. B. auch geschehen ist. Diese Definition des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals kann bestimmte Phänomene nicht erklären. Mein Vorschlag ist es, das faschistische System anders zu fassen, nämlich als ein Bündnisystem zweier Parteien, die aufeinander angewiesen sind: Der Hauptfraktionen des Industrie- und Bankkapitals und des Militärs einerseits, der Führungsgruppen der faschistischen Partei, die über den staatlichen Terror- und Unterdrückungsapparat verfügen, andererseits. Über diese Kontroverse gibt es eine umfangreiche Fachliteratur. Ich will darauf nicht näher eingehen, ich will aber hinzufügen, daß diese Unterschiedlichkeit in der Einschätzung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik nichts an den Notwendigkeiten unseres gegenwärtigen Kampfes ändert. Die gegenwärtigen Aufgaben, die wir haben, den neuen faschistischen Gefahren, die sich da anbahnen, zu begegnen, verlangen, daß wir zu einer Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen politischen und wissenschaftlichen Positionen kommen. Diese Kontroverse ist auf der wissenschaftlichen Ebene allerdings bedeutsam, weil sie grundsätzliche gesellschaftstheoretische Probleme tangiert, und auf dieser Ebene werden auch weitere Kontroversen notwendig sein.

Das Beispiel Griechenland

Georges Diliintás:

Das Militärregime in Griechenland umfaßte fast alle Merkmale des traditionellen Faschismus.

Die Junta hat alle politischen Parteien, Gewerkschaften und das Parlament liquidiert. Es gab Verhaftungen, Folter, Militärgerichte usw. Aber ein wichtiges Merkmal, das nicht auftrat, war die Existenz von faschistischen Massenorganisationen. Die Versuche, solche Organisationen in der Jugend zu begründen, sind gescheitert, die Jugend hat sich verweigert. Aber die Militärs haben selber Angst vor Massenorganisationen gehabt. Die Militärregierung war von dem Volk und allen traditionellen politischen Parteien isoliert. Jetzt taucht aber die Frage auf: Auf welche Kräfte stützte sich das Militärregime? Die herrschende Klasse in

Griechenland war, seitdem Griechenland als freies Land existierte, vom Imperialismus ökonomisch und politisch abhängig. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte bei uns der englische Imperialismus das Sagen, nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich die USA und der Nato-Imperialismus. Griechenland war und ist immer noch ein wichtiger Stützpunkt der imperialistischen Politik der USA und ihrer Pläne gegen die sozialistischen Länder und die Befreiungsbewegung im Mittleren Osten. Das Wachstum der demokratischen Bewegung des griechischen Volkes war eine ernste Bedrohung dieser imperialistischen Pläne. Der Militärputsch vom 21. April 1967 wurde mit Hilfe der USA und der Nato vorbereitet und hat sich durchgesetzt. Es sollte garantiert sein, daß Griechenland weiterhin ein Stützpunkt des Imperialismus blieb.

Andererseits brachte der Kampf des griechischen Volkes die Herrschaft der Rechten in Gefahr, und auf der Basis des Zusammenfallens der Interessen der griechischen Monopole und der politisch-strategischen Interessen der Nato wurde die Diktatur vorbereitet. Der autoritäre Staat, den die rechten Regierungen mit Hilfe der Engländer und Amerikaner aufgebaut haben, hat dazu vieles beigetragen. Alle demokratischen Offiziere wurden aus der Armee entfernt. Dasselbe geschah im öffentlichen Dienst, in der Verwaltung usw.

Der staatliche Apparat war am meisten von ehemaligen Kollaborateuren der Nazis und anderen faschistischen Elementen durchsetzt, auch in der Armee war dies der Fall; die Gerichte, Offiziere und Soldaten waren im Sinne des Antikommunismus ausgebildet. Der Juntaführer Papadopoulos war Mitglied der Sicherheitenstruppen, die die Nazis gegründet und gegen die Partisanen eingesetzt hatten. Die Vergangenheit vieler Politiker der rechten Partei ist nicht sauber.

Noch ein Faktor, ein sehr wichtiger sogar, der zum Gelingen des Putsches beigetragen hat, war, daß die Gefahr eines Putsches von den demokratischen und besonders von den linken Kräften unterschätzt wurde. Und es gab infolgedessen keine organisierten Kräfte, die dem Putsch Widerstand leisten konnten.

Man kann sagen: Die gesellschaftlichen Stützkräfte der Junta waren die Monopole, die in der Wirtschaft und in der staatlichen Bürokratie herrschten, ein kleiner Teil der Mittelschichten, und die reichen Bauern. Die Junta hat dem großen Kapital immer mehr Privilegien gegeben, und Griechenland war und ist immer noch das einzige Land, wo die Interessen des internationalen Kapitals von der Verfassung verteidigt werden.

Während der Diktatur wurden verschiedene antidiktatorische Organisationen gegründet. Warum haben sie nicht gemeinsam im Rahmen einer antidiktatorischen Front gehandelt? Ein wichtiger Grund war der Antikommunismus der bürgerlichen Parteien. Nur eine offene politische Krise könnte diese Parteien zum Aufbau einer antifaschistischen Front zwingen. Das hat es 1974 auch gegeben, damals wegen Zypern usw.

Aber die Wendung zur parlamentarischen Demokratie kam zustande durch einen Kompromiß zwischen den bürgerlichen Politikern und der Junta, und die Folge davon ist, daß es keine Säuberung der staatlichen Apparate von den Faschisten gegeben hat.

Die Folge: weitere Verfolgung von Demokraten, keine Verhinderung von fa-